

## Strategische Stromversorgung – Positionspapier

- **Mit der Energiewende wird die Stromversorgung grundlegend umgebaut**
- **Die Stromproduktion wird witterungsabhängiger d.h. volatiler**
- **Lokale Kurzzeitspeicher werden wichtig, grossräumige Stromfüsse nehmen zu**
- **Die Einbindung in den Strombinnenmarkt der EU erhöht die Versorgungssicherheit**
- **Ein Marktdesign, dass lediglich Partikularinteressen subventioniert, verteuert die Stromversorgung und verschlechtert die Versorgungssicherheit**
- **Die GGS unterstützt eine kohärente und fortschrittliche Entwicklung der Stromversorgung mit der ein Standortvorteil mit wettbewerbsfähigen Strompreisen gesichert wird**

### 1. Umbau der Stromversorgung

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien – vorab Photovoltaik und Windkraft – wird die Stromproduktion in Europa witterungsabhängiger. Um die Versorgung gewährleisten zu können, müssen Kapazitäten verfügbar sein, mit denen kurzfristige Produktionsschwankungen ausgeglichen werden können. Das bisherige System, bei welchem grosse Kraftwerke für die Versorgung und die Netzstabilität gesorgt haben, wird durch dezentrale Produzenten, lokale Speicher und flexible Verbraucher ergänzt. Der Ausgleich von Produktion und Verbrauch soll zuerst und soweit wie möglich auf lokaler und regionaler Ebene sowie innerhalb der Bilanzgruppen erfolgen.

### 2. Produktionslücke aufgrund der Energiestrategie

Die Speicherwasserkraftwerke in der Schweiz verfügen über ausreichend hohe Leistungsreserven, um kurzfristige Lastwechsel ausgleichen zu können. Allerdings lässt die in den Stauseen gespeicherte Energie einen Dauerbetrieb nicht zu. Allzu schnell würden die in den Seen maximal speicherbaren 8 TWh verbraucht.

Der Ausstieg aus der Kernkraft bedeutet, dass die Produktion von rund 26 TWh wegfallen wird. Der Zubau neuer erneuerbarer Energien wird hauptsächlich bei der Photovoltaik erfolgen. D.h. im Sommer wird viel mehr Strom zur Verfügung stehen, als gebraucht wird, während im Winter das Defizit mehr als doppelt so gross wird. Die Energiestrategie hat keine Antwort auf diese Lücke. Noch mehr Förder- und Unterstützungsmassnahmen zu beschliessen löst das Problem nicht, sondern beflügelt Ansprüche, schafft noch grössere Abhängigkeiten und setzt falsche Anreize.

### 3. Rezepte für die Versorgungssicherheit

Die wichtigste vorsorgliche Massnahme ist die **gleichberechtigte Einbindung der Schweiz in den Verbund des EU-Strombinnenmarktes (→ vollständige Marktöffnung & Stromabkommen!)**. Mit dem ungehinderten Marktzugang der Schweizer Wasserkraft zum Kurzfristmarkt kann diese ihre Rentabilität weiter verbessern. Die flussbasierte Marktkoppelung stärkt die Versorgungssicherheit und den Wettbewerb. Die ungeplanten Flüsse, welche die Importkapazität des Schweizer Übertragungsnetzes belasten, werden reduziert.

Demgegenüber **zeigt die vorgeschlagene Speicherreserve praktisch keine Wirkung** auf die Versorgungssicherheit, weil es aus physikalischen Gründen nicht möglich ist, diese Reserve den Schweizer Verbrauchern zukommen zu lassen, ohne dass ein mehr oder minder grosser Teil davon grenzüberschreitend abfließt. Ausserdem wird mit einer Speicherreserve dem Energiemarkt

entzogen, so dass Knappheitssituationen früher eintreten. Zurückgehaltene wertvolle Winterenergie wird im Frühjahr freigegeben, wenn die Preise tief sind. Die mangelnde Investitionsbereitschaft bei der Wasserkraft hängt direkt mit den zu hohen Kosten (Wasserzins) und den anstehenden Heimfällen zusammen. Die Forderung nach neuen Subventionen dient lediglich Partikularinteressen.

Alternativen zur Speicherreserve müssen geprüft werden, beispielsweise Anreize für das **Lastmanagement** bei den Verbrauchern sowie **einfache Gasturbinenkraftwerke**, die ohne grossen Aufwand als schnellstartfähige Reserve betriebsbereit gehalten werden und nicht am Markt produzieren, sondern für Knappheitssituationen reserviert bleiben.

Neben der Energieknappheit, die sich als Folge der Energiestrategie abzeichnet, sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Stromnetze bedarfsgerecht unterhalten und ausgebaut werden. Mit einem Stromabkommen soll nicht nur der Zugang zum EU-Binnenmarkt geregelt werden, sondern auch eine **faire Abgeltung für die Nutzung des Übertragungsnetzes** für Stromtransite.

Das Ausspeiseprinzip, die kleinräumigen Gebietsmonopole der Verteilnetzbetreiber und die Teilmarktöffnung verhindern Innovationen, die für eine effiziente dezentrale Versorgung nötig sind. Die **Tarifstrukturen in den Verteilnetzen** und die **Verfügbarkeit von Messdaten (→ Data Hub)** müssen so angepasst werden, dass gebietsübergreifende innovative Lösungen für die Verknüpfung der volatilen dezentralen Produktion mit dem schwankenden Verbrauch ermöglicht werden.

Verteilnetzbetreiber sind aus der Grundversorgungspflicht zu entlassen. **Netzmonopole sind vollständig von der Energielieferung zu trennen**. Falls es weiterhin eine Grundversorgung geben soll, ist diese mit einer schweizweiten Bilanzgruppe zu bewerkstelligen. In dieser kann einheimische erneuerbare Energie bevorzugt werden.

#### 4. Fazit und Forderungen der GGS

- Die Energiestrategie reduziert die Versorgung mit inländisch produziertem Strom signifikant.
  - Die Stromwirtschaft bleibt für die Versorgungssicherheit verantwortlich.
  - Partikularinteressen behindern die Umsetzung der Energiestrategie.
- Eine Speicherreserve schliesst die Energielücke nicht. Es braucht neue gesicherte Produktion.
- Ein erfolgsabhängiger Wasserzins verbessert die Rentabilität und beteiligt die Standortkantone.
- Die Versorgungssicherheit wird durch Einbindung in den Strombinnenmarkt der EU verbessert.
- Der Zugang zum 15-Minuten-Intraday Handel nützt der Wasserkraft und den Bilanzgruppen.
- Die Netzstabilität soll durch die gleichberechtigte Nutzung der Flexibilität bei den Produzenten und den Verbrauchern verbessert werden.
- Zur Verbesserung der Fahrplanteue bei den Bilanzgruppen müssen Ausgleichsenergiepreise in Echtzeit verfügbar sein (→ Marktdesign).
- Mit der vollständigen Marktöffnung, Anpassungen bei Tarifstrukturen und beim Messwesen wird Innovation in den Verteilnetzen gefördert.
- Neue zusätzliche Abgaben auf dem Übertragungsnetz zur Stützung «systemrelevanter» Kraftwerke und anderer Begehrlichkeiten lehnt die GGS ab.